Info Nr. 58 /März 2001 Versand 4x jährlich Abo Fr. 15.-/Einzeinr. 2.-PC Bern 30-24746-7



**AMüs** 

Aktion Mühleberg stilllegen Postfach 6307, 3001 BERN www.amues.ch







für unsere Seite allerdings auch....

Wir sind uns bewusst, dass wir zu jenen gehören, die Euch das Leben schwerer und

das Konto leichter machen. Ersteres durch die zumeist negativen Informationen, Letzteres weil wir selbsttragend arbeiten wollen. Dabei können Spenden an uns nicht mal von den Steuern abgezogen werden! Zudem bezahlen die Engagierteren oder ökonomisch besser Stehenden mit Ihren Überweisungen praktisch die ganze AMüs-Arbeit, denn in der Regel ist durch den Abo-Beitrag nur gerade Druck und Porto der Infos gedeckt.

Deshalb ganz ganz herzlichen Dank allen Spenderinnen und Spendern, die mitgeholfen haben, unser Finanzloch aus der Mühleberg-Abstimmung- trotz dem miserablen Ergebnis - zu stopfen.

AMüs hat immer wieder betont, dass ein Atomausstieg nicht allein mit Abstimmungen erreicht werden kann. Also: auf geht's!

## In Mühleberg wird die Sicherheit dem Profit geopfert

Mühleberg ist und bleibt ein Sorgenkind der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen). Immer wieder muss sich die HSK gegenüber uns rechtfertigen. Mal sind es die Risse im Kernmantel, mal wird eine Richtlinie bezüglich Erdbeben verletzt.

Nachdem im Sommer 1990 während dem iährlichen Stillstand zur Überholung des Schrottreaktors die Entdeckung der Risse im Kernmantel die HSK auf Trab gebracht hatte, strengten sich die Mannen aber ganz schön an. Sie stellten ein Überwachungsprogramm auf die Beine, nach welchem von Jahr zu Jahr der Kernmantel immer vollständiger ausgemessen wird. Dies geschieht jeweils bei einer Jahresrevision. Schliesslich konnte die BKW dazu bequemt werden, 1996 den Kernmantel zu flicken 30 Spezialisten von General Electric, dem Hersteller der Anlage, brachten unter schwierigsten Bedingungen 4 Zugstangen an Dabei musste mittels Bohrmaschinen an langen Stäben Löcher gebohrt und die Bohrspäne mit einem Unterwasserstaubsauger entfernt werden. Das Flickwerk kostete eine Stange Geld von 7 Millionen Franken. Ja, die BKW lässt sich die Sicherheit in Mühleberg Einiges kosten...

Nur merkwürdig war, dass Herr Nöggerath, der Leiter der mechanischen Abteilung der HSK und somit für die Aufsicht der Flickerei verantwortlich, uns angesichts unserer Bedenken wegen der Tauglichkeit der Massnahme entgegnete: "Die Zugstangen sind doch nur politische Klammern"

Folglich wurden 7 Millionen als PR zur Beruhigung der Bevölkerung aufgeworfen.

Im Abstimmungskampf der Stilllegungsinitiative zum AKW Mühleberg wurde auch von
Dori Schaer betont, dass man dieses bedenkenlos
weiterbetreiben dürfe, solange es sicher sei. Zwar
wolle man kein neues AKW, aber solange Mühleberg sicher sei, dürfe man es doch nicht einfach
abstellen. Das wäre doch eine Vernichtung von
Kapital. Das Kapital von Mühleberg liegt allerdings darin, dass gar kein Kapital mehr darin liegt,

nämlich dass Mühleberg so gut wie abgeschrieben ist. Jetzt fängt es so richtig zu rentieren an. Deshalb wehrte sich die BKW im Abstimmungskampf mit allen Mitteln gegen die Stilllegung ihres Goldesels. Die Devise der Verantwortlichen, Generaldirektor Mühlemann und Verwaltungsratspräsident Kilchenmann, lautet: Möglichst keine grossen Investitionen mehr tätigen. Das AKW auf Teufel komm raus weiterbetreiben.

Was machen da schon die Risse im heiklen Bereich des Kernmantels aus, die an in einer Rundnaht aufsummiert 1,4 Meter lang sind, wenn das Werk jetzt nur noch Geld abwirft?

Klar könnte man den Kernmantel austauschen, doch das würde die Profite schmälern. In Fukushima, einem AKW in Japan, hat man letztes Jahr zum ersten Mal einen Kernmantel ersetzt. Die Reparatur dauerte über ein Jahr und dürfte einige 100 Millionen Schweizer Franken gekostetet haben. Nun ist es nicht so, dass in Japan die Richtlinien konsequenter durchgesetzt werden. Herr Nöggerath erklärte das einem AMüs-Mitglied am Rande des WoZ-Hearings vom letzten August folgendermassen: "Japan ist eine Insel und ist aus diesem Grund nicht dem Konkurrenzdruck von ausländischem Billigstrom ausgesetzt. Deshalb ist das Strompreisniveau höher als in der Schweiz. Folglich können es sich die Japaner leisten, einen Kernmantel zu ersetzen."

Nach heutigem Stand der Technik müsste der Kernmantel in Mühleberg ebenfalls ausgetauscht werden - wie es ein Gutachter des Öko-Instituts Darmstadt schon 1998 empfohlen hatte. Im heikelsten Bereich eines AKW, bei einem Reaktoreinbau, darf es keine Kompromisse geben

Es ist unverantwortlich von der BKW, aus reinem Kostendenken an der Sicherheit zu sparen. Es ist genau so unverantwortlich von der HSK, dass sie dies zulässt. Das Beispiel des Kernmantels zeigt, dass nicht alles Mögliche unternommen wird, um die Bevölkerung vor einem grossen Unfall zu bewahren; und mit der bevorstehenden Liberalisierung ist noch Schlimmeres zu befürchten.

## AMüs muss dem Juristen Moritz Leuenberger die Juristerei beibringen‼

Erdbeben sind in letzter Zeit zu einem grossen Thema geworden. Die Gefahr wurde für normale Bauten in der Schweiz jahrelang unterschätzt. Erdbeben treten in andern Ländern immer wieder auf, auch in unseren Nachbarländern. Zwar sind in der Schweiz solch schwerwiegende Beben weniger zu erwarten; doch im Wallis erzitterte Mitte des 20. Jahrhunderts die Erde stärker als es für die Sicherheit des AKW Mühleberg vorgesehen ist!

Techniker werden häufig nervös, wenn Erdbeben zum Thema werden. Sie möchten ausweichen. Normalerweise legen sie nämlich Maschinen ziemlich linear aus, Schrittchen nach Schrittchen. Das klassische Beispiel ist das Zwiebelschalenmodell beim AKW (englisch heisst das "setup in depth"): Brennstäbe werden umhüllt, die nächste Barriere ist der Reaktordruckbehälter, welchem der radiologische Schutzmantel aus Beton folgt. Darum herum wirkt das Containment als Barriere, welches zuletzt vom Reaktorgebäude umgeben ist. Für Leitungsbrüche gilt Ähnliches: Den Wasserverlust kompensiert ein Notkühlsystem. Da dieses aber auch kapputt gehen kann, wird ein zweites Notsystem errichtet. Und weil dieses gerade in Reparatur sein könnte, wird noch ein drittes aufgestellt. Weiter gehen die Techniker nicht

Diese Philosophie bricht aber beim Erdbeben zusammen wie ein Kartenhaus. Überall können die Kräfte angreifen. Einen solchen Schwachpunkt haben wir aufgestöbert.

Letzten Oktober hat das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) auf ein Wiedererwägungsgesuch gegen die Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg wegen fehlender Erdbebensicherheit geantwortet. Das "juristische" Urteil ist eine juristische Katastrophe - um nicht zu sagen hinterhältig -, wie selbst Laien merken.

Worum geht es? Im April 2000 hat AMüs in der Streitschrift zu Killerkriterien für AKW die Überschreitungen der Strahlengrenzwerte bei grössten anzunehmenden Erdbeben publiziert. Dies basierte auf dem Gutachten von 1999 eines AMüs-Mitgliedes zu Handen des Europäischen Menschenrechts-Gerichtshofs (diese Menschenrechtsklage gegen die letzte Mühleberg-Bewilligung ist übrigens immer noch hängig). Als wir die Kritik schon im März 2000 bei Moritz Leuenberger und der obersten Atombehörde HSK vorgetragen hatten, reagierten diese äusserst giftig und belehrend, dass wir doch wohl in Risikofragen Einiges verwechseln würden. Nur: Am WoZ-Hearing vom August 2000, wo unser Stillegungsthema aufgenommen wurde, musste Wolfgang Jeschki, Direktor der HSK, zugeben, dass wir doch Recht haben könnten. Darauf machte ein Anti-AKW-Bündnis flugs ein Wiedererwägungsgesuch gegen den Betrieb des AKW Mühleberg. Gefordert wurde eine vorsorgliche Stilllegung, bis die Erdbebengefahr gebannt wäre.

### Soweit der Vorspann. AMüs berichtete im Bulletin 57 (hmhm...).

Im Oktober letzten Jahres flatterte nun das Urteil des UVEK ins Haus. Zunächst wirkte der Wisch wie ein Hammer; denn ihn als schlechten Witz aufzufassen, war angesichts der emsten Lage unmöglich. Mit jedem Mal, da ein solch unhaltbares Urteil auf uns zukommt, wird die Wut grösser. Die Wut der Fachleute, die ohnmächtig zusehen müssen, dass das Atomgesetz keine Klagen gegen erstinstanzliche Urteile zulässt. Die Wut von uns Bewegungsleuten, die doch einmal ein Zeichen sehen möchten, dass Beton zu Gras werden könnte. – Das UVEK hatte die vorsorgliche Stilllegung abgelehnt (was an sich zu erwarten war) und ist auf die Forderung der Nachrüstung nicht eingetreten, sondern verwies darauf, dass die Erdbebenlage am Standort Mühleberg neu untersucht werde. In 2-3 Jahren sollten Ergebnisse vorliegen. "Danach wird die HSK die Einstufung des Sicherheitserdbebens überprüfen. Der Bundesrat wird anschliessend über das Gesuch um Wiedererwägung entscheiden", liess das UVEK verlauten. Deshalb: Wir studierten ein bisschen Verwaltungsrecht - was unsere Wut geradezu potenziertel Die Verfügung des UVEK war eher Dichtung, als dass sie etwas über die Wahrheit sagte. Am 30. Januar wurde BR Leuenberger mit einem saftigen Brief von AMüs bedacht:

Während im Revisionsgesuch des Juristen, welchen die AtomgegnerInnen beauftragt hatten, minutiös Punkt für Punkt und Argument für Argument angeführt und hergeleitet wurden, mischte das UVEK Kraut und Rüben durcheinander: Der Tatbestand des fehlenden Schutzes gegen das Erdbeben wird lediglich in der Zitierform der GesuchstellerInnen beschrieben. Damit erhält er den Charakter der Möglichkeit. Eine objektive (z.B. gutachterliche) Darstellung wird vermieden.

Die Definition des grössten anzunehmenden Erdbebens (SSE) wird nirgends erwähnt. Damit wird die Hauptsache, um die es geht, total unterschlagen.

Die errechneten Wahrscheinlichkeiten, welche in der von der BKW in Auftrag gegebenen Mühleberg-Sicherheitsanalyse berechnet worden waren, werden nicht festgehalten. Diese Wahrscheinlichkeitszahlen haben aber die bisher irrigen Wahrscheinlichkeits-Annahmen der HSK zu Erdbeben über den Haufen geworfen!

Für SSE hat die HSK 1991 eine radioaktive Belastung von1,6 Millisievert berechnet. Das UVEK bezeichnet diese Belastung als "einmalig". Tatsächlich bezieht sich der besagte Wert aber auf ein ganzes Jahr, und die Verseuchung dürfte auch in den Folgejahren - wenn auch in geringerem Mass - zu spüren sein.

### Wahrheit Nr 1

Dem hält AMüs jetzt Folgendes entgegen: Der wirkliche Tatbestand lässt sich exakt festhalten. Das grösste anzunehmende Erdbeben ist durch die horizontale Beschleunigung von 15% der Erdbeschleunigung definiert. In den Richtlinien der Atombehörden wird dieses Erdbeben - ohne Kenntnis der konkreten Gegebenheiten an den AKW-Standorten - in die sogenannte "Ereigniskategorie 3" eingestuft (Wahrscheinlichkeit von einmal pro 10'000 bis 1'000'000 Jahre). - Hier wollen wir nicht auf die Problematik eingehen dass keine noch so kleine Wahr-

wir nicht auf die Problematik eingehen, dass keine noch so kleine Wahrscheinlichkeit aussagt, dass ein Unfall morgen oder übermorgen auszuschliessen ist.

Die Grenzen der Eintrittswahrscheinlichkeiten für die verschiedenen "Ereignisklassen" haben gemäss Atomrichtlinien nur orientierenden Charakter.

Die schon erwähnte Mühleberg Sicherheitsanalyse berechnet eine Wahrscheinlichkeit, welche 1,5 bis 9 Mal grösser ist als die willkürlich angenommene Obergrenze der HSK. Die Zahlen sind damit deutlich grösser als einmal pro 10 000 Jahre.

Als Richtwert für die zulässige Dosis schreiben die Richtlinien für die "Ereigniskategorie 3" 100 Millisievert vor. Bei Unfällen, die häufiger als 1 Mal pro 10'000 Jahre auftreten können, darf die Belastung ausserhalb des AKW-Areals nur 1 Millisiervert betragen.

Die Radioaktivitätsfreisetzung wurde im HSK-Gutachten zu Mühleberg (1991) für das SSE auf 1,6 Millisievert beziffert, was deutlich über der Limite der entsprechenden Unfälle ist.

Als Zweites müsste eine juristische Behörde die gesetzlichen Paragraphen zum vorliegenden Fall heraussuchen. Auch hier hält AMüs BR Leuen-

berger vor, dass die Gesetzesartikel, wenn überhaupt, wiederum nur in Zitierform beschrieben sind.

## Dichtung Nr 2

In der Begründung zur Ablehnung der vorsorglichen Stilllegung wird jedoch vom UVEK ausführlich aufgeführt, dass die 1,6 Millisievert im Vergleich zur natürlichen und zivilisatorisch bedingten ionisierenden Strahlung, sowie zu den jährlichen Dosisgrenzwerten für nichtberuflich

und beruflich strahlenexponierte Personen keine "... gesundheits- und lebensgefährdende Dosis" darstelle. (Dies stimmt schon: 1,6 Millisievert können zwar wie jede Strahlung 5 Krankheiten erzeugen; doch sie bedeuten keine akute Gesundheitsgefahr).

Die zitierten Dosiswerte stammen teilweise sicherlich aus der Strahlenschutzverordnung, teilweise auch aus Messungen über die Umwelt. Doch die Zahlen betreffen nicht im Geringsten den gerügten Sachverhalt, nämlich die Dosislimiten für Unfälle mit einer bestimmten Eintretenswahrscheinlichkeit. Diese sind ebenfalls gesetzlich festgehalten, und nur darauf können sich Aussagen über Erdbeben beziehen. Mit seiner Argumentation macht das UVEK deutlich, wie wenig Ernst es den Umgang mit Radioaktivität nimmt. Letztlich macht es die Strahlenschutzverordnung zur Makulatur.

Die Grenzwerte für die verschiedenen Unfälle bestimmter Eintrittswahrscheinlichkeit basieren genau wie die anderen in der Strahlenschutzverordnung aufgeführten Werte auf Abschätzungen über Todes- und Erkrankungsraten, welche zum Beispiel aus den Erfahrungen nach den Atombombenabwürfen in Japan abgeleitet worden sind.

Tatsache ist: Die Strahlenschutzverordnung schreibt für Unfälle mit grösserer Eintrittswahrscheinlichkeit als 1 Mal pro 10 000 Jahre eine Limite von

1,0 Millisievert vor.

### Wahrheit Nr 2

Es wird in dieser Verordnung (Kapitel 7: "Störfälle") nirgends vermerkt, dass die Grenzen der Eintrittswahrscheinlichkeit nur als Orientierungshilfen anzusehen sind. Sie gelten also absolut.

International und nach Strahlenschutzgesetzgebung ist das Dosisminimierungsprinzip die oberste Maxime. Danach sollen alle Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung getroffen werden, damit die Belastung "as low as reasonably achievable" (so klein als mit vernünftigem Aufwand erreichbar) bleibt.

Ein juristisch sauberes Vorgehen müsste letztlich prüfen, ob die gesetzlichen Paragraphen auf den Tätbestand zutreffen. Daraus könnten sauber

begründet Sanktionen abgeleitet werden.

## Dichtung Nr 3

AMüs rüffelt das UVEK, dass dieses die gesetzlich relevanten Bestimmungen gar nicht berücksichtigt und deshalb auch gar keine Schlüsse ziehen kann. Stattdessen schiebt das UVEK einen Entscheid mit dem Argument hinaus, dass neue Resultate von

Erdbebenuntersuchungen in 2-3 Jahren vorliegen sollten. Es wird aber der Frage nicht nachgegangen, ob eine solche Untersuchung auf einen Entscheid für eine Nachrüstung auch aufschiebende Wirkung haben kann.

AMüs hält fest: Der Tatbestand gehört eindeutig zu den gesetzlichen Bedingungen, wie sie in der Strahlenschutzverordnung definiert sind.

### Wahrheit Nr 3

Bedingungen, wie sie in der Strahlenschutzverordnung definiert sind. Sowohl die Ereigniskategorien, als auch deren Grenzwerte sind tangiert. Die Mühleberg-Sicherheitsanalyse und die schweizerischen Richtlinien der HSK stehen zueinander im Widerspruch. Allerdings sind die Grenzen der Ereigniskategorien gemäss Richtlinien nicht scharf, gemäss Strahlenschutzverordnung aber schon.

Die Dosisgrenzwerte der Strahlenschutzverordnung werden durch die Ermittlungen der Mühleberg-Sicherheitsanalyse und das Gutachten der HSK verletzt. Das Dosisminimierungsprinzip wird ebenso nicht eingehalten.

Die Rechtsfolge allerdings liegt gemäss Atomgesetz im Ermessen der juristischen Instanz (ein Entscheid muss für den Betreiber zumutbar sein). Sollten aber keine Auflagen an die BKW Energie AG gemacht werden, muss diese Rechtsfolge begründet sein. Es muss der finanzielle Aufwand gegenüber dem Risiko konkret abgewogen werden.

AMüs hat nun im informellen Brief BR Leuenberger aufgefordert, den Nicht-Entscheid des UVEK zu überprüfen - allenfalls mit einem Hearing der betroffenen Parteien. Es ist klar, dass diese Aufforderung nicht im gesetzlichen Rahmen stattfinden kann, da das Atomgesetz nur die erste "richterliche" Instanz anerkennt. Diese Instanz ist bei Atomentscheiden mehrheitlich politisch und nicht juristisch motiviert! Was den Rechtsweg betrifft, war schon letzten Herbst eine Bekräftigung der Mühleberg-Klage wegen der Erdbeben-Eingabe vor dem Europäischen Menschenrechts-Gerichtshof eingereicht worden.

### Fassen wir zusammen:

Wir haben aus dem Studium des Verwaltungsrechts gelernt, dass das korrekte juristische Vorgehen sich etwas anders abwickelt, als es sich das UVEK vorstellt. Erstens muss der Tatbestand festgestellt werden: was liegt tatsächlich vor? - Zweitens müssen die Gesetze herangezogen werden: was besagen die gesetzlichen Bestimmungen? Drittens ist zu prüfen, ob der Tatbestand sich überhaupt in den gesetzlichen Rahmen einordnen lässt. Und als Viertes sind schliesslich die Rechtsfolgen zu prüfen. An diesem Vorgehen zirkelt das UVEK meilenweit vorbei.

## NEIN zum Elektrizitätsmarkt-Gesetz unterschreibt umgehend das Referendum!

Die eidgenössischen Räte haben ein neues Elektrizitätsmarkt-Gesetz EMG verabschiedet, welches den Elektrizitätsmarkt noch schneller öffnen will, als dies die Richtlinie der Europäischen Union (EU) verlangt. Erst sechs Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes sollen auch KleinverbraucherInnen und gewöhnliche Haushalte ihre Stromproduzenten frei wählen können. In den ersten drei Jahren profitieren die Grossabnehmer mit einem Jahresverbrauch von mehr als 20 Gigawattstunden von der freien Wahl. Das sind in der Schweiz rund 110 Unternehmen. Nach weiteren drei Jahren wird der Schwellenwert auf 10 Gigawattstunden gesenkt. Für den teureren Strom aus erneuerbaren Energien, der in Kleinanlagen erzeugt wird, würde der Markt von Anfang an geöffnet, und eine Schiedskommission würde bei Streitigkeiten der Kleinen gegen die Grossen über die Durchleitungspflicht entscheiden.

Westschweizer Linke haben Mitte Januar das Referendum gegen das neue Elektrizitätsmarkt-Gesetz ergriffen. Unterstützt werden sie vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, vom SMUV und vom VPOD sowie von zahlreichen SP-PolitikerInnen.

60 Prozent des in der Schweiz produzierten Stroms kommt aus Wasserkraftwerken und ist sichere, saubere und erneuerbare Energie. Noch ist eine Mehrzahl der Elektrizitätsgesellschaften formell im Besitz der öffentlichen Hand und unterliegt so einigermassen einer demokratischen Kontrolle. Mit der vom EMG angepeilten Liberalisierung wird der Profit und die Verdrängung der Konkurrenz schlagartig wichtiger als alles andere. Die Stromversorgung darf nicht einigen wenigen Grosskonzernen, welche den europäischen Markt unter sich aufteilen wollen, anvertraut werden. Dadurch würden die Schweizer Wasserkraftwerke sehr schnell mit unvorstellbar grossen EU-Konzernen, dem französi-

7
4
1

## Kein Kurzschluss beim Strom! Gegen den Ausverkauf von Kraftwerken und Stromnetzen!

Kanton:			Postle	itzahl:	Politische Gemeinde:		
efe	rendum des vpod 1	gegen das Elekt	rizitätsm	arktgesei	tz (EMG) vom 15. Dezembe	2r 2000	
nd r nd r 5. Do uf d egel Ver b	nterzeichneten stimmb nach dem Bundesgesetz ezember 2000 der Volk ieser Eiste können nur nren unterstützen, mög bei einer Unterschriften:	erechtigten Schweis z vom 17. Dezembe ssäbstimmung unte Stimmberechtigte u en es handschriftlic sammlung besticht	zer Bürgerin r 1976 über rbreitet wer interzeichne h unterzeic oder sich b	nen und B die politisc de. en, die in d hnen. estechen lä	ürger verlangen, gestützt auf Art. chen Rechte, Art. 59 ff, dass das E er genannten politischen Gemein ässt oder wer das Ergebnis einer t 82 des Strafgesetzbuches.	141 der Bundesverfassung vorn lektrizitätsmarktgesetz (EMG) v de wohnen. Bürgerinnen und Bi	om ürger, die das
Nr.	Name Vorname (handschriftlich und in Blockschrift)		Genaues Geburtso (Tag/Mo		Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1	,						
2							
3							
ie u	of der Referendumsfrist Interzeichnete Amtsper In Angelegenheiten stim	son bescheinigt, da	nd ihre polit Die zur!	tischen Red Bescheinig	Anzahl) Unterzeichnerinnen und l chte in der erwähnten Gemeinde a ung zuständige Amtsperson erschrift und amtliche Eigenschaf	ausüben.	in eidgenössi

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden bis spätestens 10. März 2001 an: vpod, zentralsekretariat, Postfach, 8030 Zürich Weitere Listen: Telefon 01 266 52 52 Fax 01 266 52 53 Mail: dienstleistungen@vpod-ssp.ch schen Atompark und deutschen Kohlekraftriesen konkurrenzieren müssen. Grosskonzerne können in der Regel über längere Zeit Dumpingpreise einsetzen, bis die dezentralen und kleinen Produktionsstätten auf der Strecke bleiben. Anschliessend können sie dann relativ ungeschoren ihre eigenen Preise festlegen. Auf vielen Ebenen würden in der Folge Arbeitsplätze abgebaut, es werden Zahlen bis zu 30 % der in der Elektrizitätswirtschaft Beschäftigten genannt. Ein solcher Abbau geht immer einher mit einer massiven allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Löhne. Auch die Investitionen in Wartung und Sicherheit von Anlagen gingen flöten. (So hat ja z.B. das AKW Gösgen bereits Beschwerde eingereicht gegen die Sicherheitsauflagen der HSK im Zusammenhang mit dem Wettbewerb auf dem liberalisierten Strommarkt).

Zur Zeit wird den NormalverbraucherInnen vorgegaukelt, dass die begehrte Ware Strom billiger würde. In Chile, in den USA, in Grossbritannien und in Neuseeland führte die Liberalisierung innert drei Jahren für die KleinverbraucherInnen zu Preiserhöhungen zwischen 13 und 30%. In den letzten Wochen berichteten die Medien mehrmals über die Krise in der Energieversorgung in Kalifornien und in Schweden. Es wurde und wird künstlich Strommangel produziert und spekuliert, und die Preise stiegen in wenigen Tagen um das Achtfache. In Schweden waren nach starken Schneefällen ganze Regionen tagelang vom Stromnetz abgeschnitten, weil in der Umstrukturierung jede dritte Stelle abgebaut worden war und nun das Personal für die Reparatur der defekten Leitungen fehlte. Die Niederlande haben den Deal begriffen und kürzlich beschlossen, ihre Netze wieder zu verstaatlichen. Die Stromversorgung der Randregionen kostet logischer Weise relativ viel. Heute wird diese Versor-

Die Stromversorgung der Randregionen kostet logischer Weise relativ viel. Heute wird diese Versorgung über die öffentlichen Netze solidarisch finanziert. Im liberalisierten Markt würden die Randregionen im Stich gelassen, da sie die Monopolprofite belasten.

Nach jahrelangem Argumentieren für eine Reduktion des Energieverbrauchs würde die Begünstigung der Grossabnehmer wieder zu mehr Verschwendung führen. Um ihre gewaltigen Investitionen zu amortisieren und zu rentabilisieren werden die AKW-Betreiber alles daran setzen, ihre Produktionskosten zu senken - sei es mit einer risikoreichen Verlängerung der Laufzeiten, sei es mit Sparen in der Betriebssicherheit.

Die Referndumsbogen müssen spätestens am 10.März 2001 beim VPOD sein.

## Elektrizitätsmarktgesetz

**NEIN!** 

Ausverkauf der Kraftwerke und Stromnetze

NEIN!

Abhängigkeit von Strom-Multis

**NEIN!** 

Versorgungsengpässe

NEIN!

Rabatt für Grossabnehmer – Strompreiserhöhung für KleinverbraucherInnen





vpod zentralsekretariatReferendum ElektrizitätsmarktgesetzPostfach8030 Zürich

## InZWIschen LAGern wir weiter in La Hague & Sellafield

Am 27. April 2000 wurde das zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle (ZWILAG) am Aare-Ufer in Würenlingen eröffnet. Zum Lager gehört eine Konditionierungsanlage, in der Atommüll in die "lagerfähige" Form gebracht werden soll, sowie ein Schmelz- und Verbrennungsofen zur "Verkleinerung" des strahlenden Abfalls.

### Die ZWILAG-Probleme konkret

#### Dem ZWILAG wird's zu heiss

Die Inbetriebnahme des ZWILAG ist hoffnungslos in Verzug. Schuld daran ist die zu hohe Wärmeabgabe der Atommüll-Behälter an die Umwelt. Bei den Abklärungen in Atomkraftwerken hatte man herausgefunden, dass die Transport- und Lagerbehälter (Castor) statt höchstens 60 Grad 110 Grad warm werden können. Diese Behälter sind mit abgebrannten Brennelementen aus den Werken oder mit verglastem Strahlenmüll aus der Wiederaufarbeitung in Sellafield (GB) und La Hague (F) gefüllt.

Im Bewilligungsverfahren war man nur von einer Wärmeabstrahlung von 60 Grad ausgegangen. Die HSK verlangte deshalb nachträglich von den ZWILAG-Betreibern zusätzliche technische Berichte. "Dabei handelt es sich nicht um ein total neues Bewilligungsverfahren, sondern um ergänzende Abklärungen, ohne die wir keine Freigabe der Anlieferung der Behälter erteilen werden", präzisierte HSK-Sprecher Anton Treier im Oktober 2000 dem Tages Anzeiger.

Die ZWILAG-Betreiber besänftigen, ein grosses Problem bestehe nicht: Im deutschen Gorleben würden bis zu 140 Grad heisse Atommüllbehälter eingelagert. Einsetzbar wäre allenfalls auch eine von Gorleben her bekannte Wärmedämmungsplatte. Mit ihr würden die 110 Grad heissen Behälter den Beton des Bodens nur noch mit 53 Grad belasten, sagt der ZWILAG-Geschäftsführer. Bei der Einreichung der Betriebsbewilligung vor über sechs Jahren sei man von den damals üblichen Behältertypen und -grössen ausgegangen. Die inzwischen gebräuchlichen, grösseren und mehr beladenen Typen würden aber mehr Wärme abgeben als damals bekannt.

Kaum zu glauben, wie dilettantisch das ZWILAG geplant wurde. Falsche Annahmen zu Beginn wurden während der Bauphase nicht korrigiert. Wahrscheinlich wollte man keinen Baustop oder keine "Bad Publicity" riskieren. Jetzt sind die Behälter zu heiss für den falsch ausgelegten Bau. Was tun? Wie wir zu Hause am Küchentisch unter die Pfanne eine Isolationsplatte legen, so machen es die Ingenieure mit den Müllfässern. Dann verweist man auf die aus Gorleben, die noch heissere Behälter lagern. Obwohl der breite Widerstand in Deutschland deutlich aufgezeigt hat, dass auch die deutschen Endlager nicht verantwortbar sind.

Übrigens 1: Es entsteht in den Behältern nicht nur Wärrne, die durch Wasserkühlung im Lagerbecken abgeführt wird, sondern es werden auch diverse Gase und Edelgase frei. So können sich grössere Drücke aufbauen. Bei der Konditionierung zur "Endlagerung" gibt es wieder neue Probleme zu lösen. Übrigens 2: Die Temperatur der Lagerbehälter bleibt noch lange Jahrhunderte über der Umgebungstemperatur, da trotz dem Abklingen der Radioaktivität des gebundenen Materials weiterhin Energie abgegeben wird. Langzeiterfahrungen zu diesem Phänomen gibt's, welche welche die Glaubensbekenntnisse der Betreiber von Atomanlagen, der Nagra und Vera, Lügen strafen.

### Plasmabrenner brennt schmutzig

Die Abgase des Plasmabrenners entsprechen nicht der Luftreinhalteverordnung, wo festgelegt ist, wie schmutzig ein Brenner brennen darf. Anders als bei der Heizung in unserer Wohnung, verbrennt der Plasmabrenner im ZWiLAG nicht Holz, Öl oder Gas, sondern radioaktive Stoffe. Es ist interessant festzustellen, dass jeder serienmässige Brenner innerhalb der Luftreinhalteverordnung funktioniert, aber nicht ein High-Tech Brenner in einer Atomanlage. Der Verdacht liegt nahe, dass der Konkurs der Herstellerfirma des Plasmabrenners den Schaden verursachte. Um die Betriebsbewilligung wurde seitens der Betreiber trotzdem ersucht. So ist das bei technischen Abnahmen. Wenn die Prüfer die Fehler nicht erkennen, hat man Glück gehabt und Geld gespart.

### ZWILAG-Probleme - was ist das?

### Beschwichtigungen und Halbwahrheiten

Zwar liess die HSK am 9. Januar 2001 verlauten, es fehle an der Fertigstellung von Betriebsdokumenten und Verfahrensvorschriften, der korrekten Installation der Brandschutzeinrichtungen und dem Nachweis bzw. der Nachrüstung, dass die höher als ursprünglich vorgesehenen Behältertemperaturen den Betonboden der Lagerhalle nicht schädigen. Bei der Schmelz- und Verbrennungsanlage seien noch Anpassungen an der Anlage notwendig, um die Bestimmungen der Luftreinhalteverordnung zu erfüllen.

Trotzdern beschwichtigte sie: "Die Verzögerung in der Bearbeitung dieser Auflagen und Bedingungen ist zum Grossteil nicht technisch bedingt, sondern im Wesentlichen durch ein zu kleines Projektteam des Unternehmens. Das ZWILAG hat Ende 2000 das Team verstärkt, um die offenen (!) Punkte (!) möglichst rasch klären (!) und erledigen zu können." Als ob die "offenen Punkte" nicht auf Fehlplanung und grobe technische Fehler zurückzuführen wären!

Die HSK verniedlicht. Der nächste Schritt darf gemacht werden zur ursprünglichen Schwärmerei:

An der Eröffnungfeier am 27. April 2000 lobte ZWILAG-Verwaltungsratspräsident Kurt Küffer das Zwischenlager "als zeitgemässes Bindeglied zwischen der Atomstromproduktion und der Endlagerung der radioaktiven Abfälle." Das ZWILAG besitzt seit August 1996 die bundesrätliche Bewilligung für den Betrieb der Lagerhallen und seit März 2000 diejenige für die Konditionierungs-, Verbrennungs- und Schmelzanlage.

Bisher wurden jedoch noch keine Behälter mit radioaktiven Abfällen eingelagert bzw. radioaktive Abfälle behandelt oder verbrannt! Ein SDA-Bericht vom Dezember 2000 meldete: "Die Inbetriebnahme der Verbrennungsanlage im Zwischenlager für radioaktive Abfälle verzögert sich. Mit einem Zusatzkredit von 10 Millionen Franken will der Verwaltungsrat die Anlage bis im Frühjahr 2001 fertig stellen."

Doch auch hier gilt das Prinzip der Beschwichtigung. Bereits im Dezember 2000 vermeldeten die ZWILAG-Betreiber, dass es in den Atomkraftwerken nicht zu Engpässen durch die Verzögerung der ZWILAG-Betriebsbewilligungen kommen sollte. In Leibstadt, wo die eigenen Lager am Vollsten sind, sieht Pressesprecher Leo Erne erst mittelfristig Probleme. Gösgen und Mühleberg haben die Abtransporte ihrer abgebrannten Brennstäbe in die Wiederaufarbeitung nach der Aufhebung des Transportstopps wieder aufgenommen, und auch Leibstadt und Beznau haben diese Option."

### Frankreich drängt

### Termindruck wegen Verträgen mit La Hague

Zur gleichen Zeit, als die HSK über die Probleme des ZWILAG informierte, trafen sich in Bern französische Vertreter der betroffenen Ministerien, der Sicherheitsbehörde, der Wiederaufarbeitungsfirma (COGEMA) sowie des Transporteurs (Transnucléaire) mit einer schweizerischen Delegation aus Vertretern des Bundesamtes für Energie (BFE), der HSK, der Atomkraftwerksbetreiber und der ZWILAG. Frankreich hatte um das Treffen ersucht, weil sich die Inbetriebnahme der Anlagen im ZWILAG verzögert hatte. Die französische Delegation erinnerte daran, dass die Schweiz staatsvertraglich zur Rücknahme der radioaktiven Abfälle aus der Wiederaufbereitung in La Hague verpflichtet sei. Der französischen Delegation wurde versichert, die erforderlichen Lagerhallen seien erstellt. Mit der Bewilligung zur Betriebsaufnahme sei in der ersten Jahreshälfte 2001 zu rechnen. Nach den Verzögerungen bei der Rücknahme des Atommülls durch Deutschland hat Frankreich Angst, auf dem heissen Müll sitzen zu bleiben. Das Desaster, das wir AtomgegnerInnen immer wieder aufzeigen, wird den WAA-Betreibern immer klarer. Wer auf dem Müll sitzen bleibt, ist nachhaltig geschädigt. Und die Schweiz, welche weiterhin A-Müll produziert, hat bisher weder ein funktionierendes ZWILAG, noch ein "Endlager" für radioaktiven Abfall. Die schweizerischen Verantwortlichen beruhigten…

### Der A-Müll kommt noch dieses Jahr

Nun gilt's ernst. Noch in diesem Jahr sollen die ersten Atom- Transporte von La Hague in die Schweiz gelangen. Bisher hat die Schweiz gegen die Proteste der schweizerischen Anti-AKW-Bewegung Atommüll exportiert, nun soll sie erstmals Atommüll zurückgeliefert erhalten - Atommüll, der uns dann für ewig (radioaktiv und toxisch) verbleibt. Im Grunde hat die Anti-AKW-Bewegung nichts gegen das Verursacherprinzip, also dass der Atom-Müll wieder in die Schweiz geliefert wird. Aber die Schweiz, wie auch alle anderen Staaten dieser Welt, hat keine Langzeitlager. Der A-Müll wird also in Provisorien (ZWILAG) endgelagert. Durch den Begriff "Zwischenlager" soll glauben gemacht werden, dass das Abfallproblem stufenweise geregelt werden kann. Nach unserer Erfahrung wird das ZWILAG sicherlich nicht allzulange auf die Bewilligung warten müssen. Es

handelt sich bei der Freigabe nicht um technische Aspekte sondern um Staatsinteressen. Uns bleibt allein zu hoffen, dass das ZWILAG einigermassen dicht bleibt und die Behälter nicht durch den Boden schmelzen.

### Wiederaufbereitungsverbot

Geht es nach dem Willen von Bundesrat Leuenberger, soll eine alte Forderung der Anti-AKW-Bewegung umgesetzt werden. Im neuen Atomgesetz soll das Verbot der Wiederaufarbeitung niedergeschrieben werden. Nicht urplötzlich, da gibt's ja noch Staatsverträge, aber doch in absehbarer Zeit. Tritt das Gesetz wie vorgesehen in Kraft, entfällt den AKW-Betreibern ein Glied in der Abfallkette, das heisst die Lagerkapazitäten werden eng. Kann der Abfall nicht exportiert werden, kommt er direkt nach gewisser Abklingzeit ins Zwischenlager. Das ZWILAG wird sich dann schneil füllen, und es drängt sich eine baldige Lösung des "Endlager"-Problems auf, oder ein ZWILAG 2, 3 usw. wird eröffnet. Ein weiterer Druck wird wachsen, der von der Strasse. Erstmals füllen sich in der Schweiz Hallen mit Atommüll, ohne dass es eine dem Übel entsprechende akzeptable Lösung dafür gibt, und zwar direkt vor unseren Augen. Die schweizerische Bevölkerung wird beginnen, sich gegen den Atommüll zu wehren, der dann sichtbar geworden ist.

### Neue (nicht ganz ernst gemeinte) Lösungsansätze

Wie die Geschichte zeigt, gibt es Lösungen für unser Atommüll- Problem. Wir zeigen einige auf:

- Auslandeinsätze der Schweizer Armee: A-Müll in Patronenhülsen könnten im fernen Ausland verschossen werden. So würden der Atommüll gut verteilt.
- Unters Bett: Wer kennt es nicht, das Zitat von Atom-Lobbyisten, sie h\u00e4tten keine Angst vor dem Atomm\u00fcll, sie w\u00fcrden ihn auch unter ihrem Bett lagern. Nehmen wir sie ausnahmsweise mal ernst!
- "Platz mal Ofen": Der Abfall kann im Plasmaofen des ZWILAG ohne Rückstände verbrannt werden.
- Der Atommüll bleibt in La Hague, da sich nicht nur die AtomgegnerInnen gegen die gefährlichen Atomtransporte wehren, sondern auch die strahlenerprobten Arbeiter der SBB (Skandal um verstrahlte Transportwagen Ende der 90er Jahre).
- Ariane (ESA): Wir spielen Russisch Roulette und schicken den Atommüll mit den Ariane-Raketen der ESA
  in den Weltraum.
- Russland: Wir spielen Russisch Roulette und überlassen den Atommüll der russischen Mafia. Erste Verhandlungen laufen bereits zwischen den schweizerischen AKW-Betreibern und russischen Delegierten, welche Russland als Abfallkübel für die Welt anbieten.

Das Gutachten der HSK/KSA von 1999 zum ZWILAG kann auf der Homepage der HSK eingesehen werden. www.hsk.psi.ch

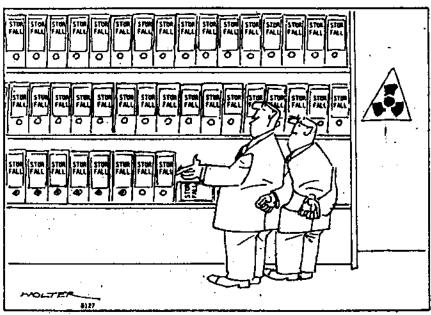
**AKW Gösgen** 

# Wie harmos ein AKW doch sein kann

Ende 1999 hatte ein Team der atomfreundlichen UNO-Organisation IAEA (Internationale Atomenergie-Agentur) das AKW Gösgen auf die Betriebsführung hin untersucht. Dazu gehören zum Beispiel Management und Administration, Training und Qualifikation, Unterhaltsarbeiten, Strahlenschutz und Weiteres mehr.

Ende 2000 wurde der Bericht dieses Operational Safety Review Teams (OSART) veröffentlicht.

Auch in Mühleberg wurde kürzlich eine entsprechende Untersuchung abgeschlossen. Die BKW und die HSK sangen schon in den höchsten Tönen – obwohl der Bericht erst Ende 2001 zu erwarten ist.



«Das ist es, was ich so beruhigend finde: All die vielen Störfälle – und noch nie ist was passiert!» Zeichnung: Wolter

Natürlich liess es sich die HSK nicht nehmen, die Publikation des Gösgen-OSART-Berichtes in einem Communiqué zu kommentieren. Die Aussagen hören sich so schön an. Dabei sollte doch bedacht werden, dass Gösgen und die HSK seit einiger Zeit im Streit liegen; denn der AKW-Betreiber hat mehrere Auflagen der Überwachungsbehörde juristisch angefochten.

## Ein grosses Lob und ein kleines Korrektürchen

Das hindert die Herren aus Würenlingen (HSK) aber nicht, immer wieder untertänigst die Freundschaft zu suchen. Das Communiqué hält fest:

"Bei allen bisher beurteilten Werken wurde der hohe Sicherheitsstandard, die gute Ausbildung des Personals und dessen Motivation für seine Arbeit erwähnt. Im Bericht zum KKG (AKW Gösgen, d. Verf.) wird besonders auf den mustergültigen Zustand der Anlage und die vorausschauende Planung bei der Anstellung von Personal für den Ersatz bei bevorstehenden Pensionierungen hervorgehoben. Ebenso werden die Massnahmen des KKG zur Verringerung der Menge radioaktiven Abfalls gelobt."

Oha! - Damit es aber doch nicht zu dick daherkommt, wird das Ganze etwas abgefedert:

"Trotz des erreichten hohen Sicherheitsstandards empfiehlt das Team, KKG solle sich vermehrt herausfordernde Ziele auf dem Gebiet der Sicherheit und des Strahlenschutzes setzen. Das Personal sollte noch mehr angehalten werden, bei seinen Tätigkeiten deren Bedeutung für die Sicherheit der Anlage, des Personals und der Umwelt zu hinterfragen. Ein umfassendes Qualitätsmanagementsystem sollte eingeführt und angewandt werden."

Zum Schluss noch das Eigenlob der HSK. Sie hat es doch immer schon gewusst!

"Die Beobachtungen des internationalen Expertenteams decken sich weitgehendst mit der Beurteilung der Sicherheit und des Strahlenschutzes im KKG durch die HSK. Bei Inspektionen und an Aufsichtsgesprächen konnte die HSK feststellen, dass KKG schon viele der Empfehlungen des Expertenteams umgesetzt hat bzw. an deren Umsetzung arbeitet."

## **Der Origination des OSART-Teams**

Die Beurteilung der HSK ist in etwa die knapp eine Seite umfassende Grobbeurteilung des IAEA-Teams. Es sind doch alle so nett.

Bekannt ist, dass in solchen Zusammenfassungen immer geschönt wird und die happigen Details elegant ausgeblendet sind. Das Durchstöbern der restlichen 79 Seiten des Berichts leitet uns auf vielsagende Passagen.

"Eine bemerkenswerte Menge von leicht brennbarem Material war ohne angemessene Kontrolle in verschiedenen Teilen der Anlage gefunden worden." Bemerkt wurden in der kur-Brandschutz: zen Zeit 20 Begebenheiten, welche die Brandgefahr erhöhten. Beispielsweise wurden Lösungsmittel und brennbare Flüssigkeiten an Orten gefunden, welche nicht feuersicher sind. Die Anlage bleibe gegenüber Feuer verwundbar und könnte Schwierigkeiten mit der Eindämmung der Konsequenzen bekommen: Nebst der Minimierung des brennbaren Materials empfiehlt das OSART-Team eine hohe Priorität für die Entwicklung und Einführung eines neuen Feuerschutz-Programms. Da gilt es also aufzuräumen, aber offenbar auch zu managen!

... KKG solle sich vermehrt herausfordernde Ziele auf dem Gebiet der Sicherheit und des Strahlenschutzes setzen..."

Es fehlt in Gösgen an einer einheitlichen Verbreitung der Erwartungen an das Strahlenschutz: ALARA-Konzept. Dieses Konzept besagt, dass die Strahlung für Mensch und Umwelt, soweit dies in "vernünftigem Masse" machbar ist, minimiert wird. Jenes Versäumnis hat zur Folge, dass zum Beispiel bei Routinearbeiten nicht für einen angemessenen Schutz gesorgt wird. Das OSART-Team ist in mehreren Fällen darauf gestossen, dass die Arbeiter trotz Anforderungen keine Schutz-Handschuhe trugen. In einem Fall wurde ein kontaminierter (verseuchter) Raum so geputzt, dass mit dem Wasserstrahl leicht Arbeiter in unverstrahlter Zone hätten betroffen werden können. - Auch in anderen Bereichen gibt es Mängel: die Resultate gemessener Verstrahlung des Personals sind nicht routinemässig dokumentiert. Ebenso wenig gibt es einen formellen Leitfaden für die Eichung von Geräten, welche bei schwereren Fällen die Ganzkörperdosis aufnehmen. Das Kontrollteam schlug dementsprechend eine gründliche Dokumentation und Richtlinien für die Messinstrumente vor.

... KKG solle sich vermehrt herausfordernde Ziele auf dem Gebiet der Sicherheit und des Strahlenschutzes setzen ..."

Die Sicherheit wird nicht in genügendem Masse gewährleistet. Darunter leiden Labors usw: die Minimierung der Strahlendosen und die Qualität der chemischen Messungen. Die schon erwähnten Handschuhe werden beim Hantieren mit radioaktiven Stoffen nicht einmal vorgeschrieben. Atemmasken fehlen oder sind nicht in greifbarer Nähe, falls es zu einem Unfall mit Salpeterdämpfen kommen sollte. Werkbänke werden nicht auf Radioaktivität untersucht. Und toxische oder radioaktive

Substanzen sind in den Labors nicht von anderen Chemikalien und Lösungen abgesondert. Das Management wird angehalten, mehr Inspektionen durchzuführen.

"... KKG solle sich vermehrt herausfordernde Ziele auf dem Gebiet der Sicherheit und des Strahlenschutzes setzen ..."

**Betrieb allgemein:** Auch hier Kritik: Dem Gösgen-Management wird vorgeschlagen, Checklisten für Notfälle zu erstellen, welche sich an Unfall auslösenden Ereignissen orientieren. Fremdmaterial im Containment und an anderen Orten sollte aufs Risiko hin überprüft und möglichst gesichert oder dann entfernt werden. Im Speziellen wurden in der Nähe des Abklingbeckens für die Brennstäbe Material und Maschinen für den Unterhalt gefunden - unkontrolliert und nicht gesichert.

"... KKG solle sich vermehrt herausfordernde Ziele auf dem Gebiet der Sicherheit und des Strahlenschutzes setzen..."

Über diese und andere Kritiken können auch mehrere von dem OSART-Team aufgeführte Fälle von "good practice" nicht hinwegtäuschen. Auch in Gösgen wähnt sich die Betriebsmannschaft offenbar als Dream-Team. So etwas hat 's auch schon in Tschernobyl gegeben: Angestellte, welche in ihrem "Super-Qalitäts-Übermut" Sicherheitssysteme aushebelten.

Die HSK hat sich überzeugt, dass das Gösgen-Management die Lage erkannt hat und die Probleme zielstrebig angeht. Oder so ähnlich. Dem widersprechen Zeitungsmeldungen - die natürlich überhaupt nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben -, welche besagen, Gösgen wolle auf Kosten der Sicherheit optimal in die Liberalisierung durchstarten: Die Gösgen-Herren haben, wie eingangs erwähnt, eine Beschwerde gegen Sicherheitsauflagen der HSK gemacht. Sie führen in der Begründung explizit den Kostendruck durch die Liberalisierung an. - Halt, Leute! Da wird wieder einmal etwas vorgelogen (Mafia bleibt Mafia). Im Atomgesetz heisst es zwar, dass die sicherheitstechnischen Aufwendungen "zumutbar" sein müssen. Doch da sind nicht der Strompreis und die abnehmende Rentabilität des Strahlenhaufens gemeint. Eindeutig geht es darum, ob die aufgewendeten finanziellen Mittel für Sicherheit oder die aufgewendeten finanziellen Mittel für die wegen Auslassung der Nachrüstung erkrankten Menschen mit Todesrisiko günstiger sind. Dies ist ein Optimierungsproblem zwischen Privat- und Volkswirtschaft. That's the fact. Das ist schon zynisch und grausig genug. Aber da haben Strompreise, welche in den Keller gehen, rein gar nichts damit zu tun!

Hilft in diesem Falle nur Beten?



## NACHRICHTEN AUS DER ATOMZONE

### Lucens kommt ins ZWILAG

Der zerlegte Reaktor, welcher heute noch auf dem Gelände des ehemaligen AKW liegt, soll Anfang 2001 - nach 31 Jahren - ins Zwischenlager in Würenlingen transportiert wer-den: in ein Zwischenlager mit gravierenden Mängeln, das noch gar nicht betriebsbereit ist.

### BKW verscherbelt ihren Strom im Ausland

Die BKW erhöhte im Jahr 2000 nach eigenen Angaben ihren Stromabsatz gegenüber dem Vorjahr um 11 Prozent, auf 13,4 Milliarden Kilowattstunden (kWh). Das entspricht der fünffachen Jahresproduktion Mühleberg. Ins angestammte Versorgungsgebiet (die Kantone Bern, Jura, Baselland, Neuenburg und Solothurn) wurden im letzten Jahr 6,3 Mrd. KWh geliefert. Zugenommen hat der Absatz vor allem in den anderen Kantonen und im Ausland, wo er mit insgesamt 6.7 Mrd. KWh erstmals das bisherige Versorgungsgeschäft übertraf. Nach Italien wurden 3,5 Mrd. KWh, und nach Deutschland 599 Mio kWh Strom verkauft. An der europäischen Strombörse in Frankfurt wurden 54 Mio kWh Strom abgesetzt.

### SBB verkaufen AKW-Anteile

Die SBB verkaufen ihre 5%-Anleihe an den beiden Atomkraftwerken Gösgen und Leibstadt an die Aare-Tessin-AG für Elektrizität (Atel). Mit dem Verkauf reduzieren die Bahnen ihre eigenen Kapazitäten in der Energieproduktion und konzentrieren sich auf die Bahnstromproduktion.

### Russische Atomwaffen-Brennelemente für CH-AKW Eine russische Delegation, bestehend aus Vertretern der Mi-

NATOM (Ministerium für Atomenergie der russischen Föderation) hat dem Bundesrat für Energie (BFE) einen Besuch abgestattet. Dabei informierte sie die schweizerische Behörde über die russischen Pläne zur Abrüstung ihrer Atomwaffen und zur Rücknahme von abgebrannten Brennelementen. Das BFE hielt fest, dass die Ausfuhr von radioaktiven Abfällen in der Schweizheute verboten ist. Die russische Regierung hatte kürzlich einem neuen Gesetz zur Handhabung abgebrannter Brennelemente zugestimmt, das in den nächsten Monaten auch dem Parlament vorgelegt wird. Das Gesetz ermöglicht zur Verminderung des Plutoniums, welches aus der Abrüstung der Atomwaffen anfällt, künftig Mischoxid-Elemente (MOX) für ausländische Reaktoren herzustellen, sie zu verkaufen oder zu verleasen. Russland würde die abgebrannten MOX-Elemente zur weiteren Verwendung zurücknehmen. Es bestehen Pläne für die Errichtung eines Zwischenlagers und gar einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennelemente, welche auch "nichtrussische" Brennelemente aufnehmen könnte. Das Land würde die Abfälle behalten und in ein noch zu errichtendes russisches Entsorgungszentrum verbringen. Aus Sicht des BFE kann die Verwendung MOXvon Brennelementen aus Abrüstungs-Plutonium näher geprüft werden. Auf der Basis des im neuen Kernenergie-Gesetz vorgesehenen Verbots der Wiederaufbereitung könnten diese Brennelemente künftig in Russland zwar gekauft, aber nicht wieder aufgearbeitet werden, da die Ausfuhr von radioaktiven Abfällen bei uns verboten wäre. Das Geschäft ist top brisant, weil dafür eine ungenutzte Fabrik von SIEMENS, die von Deutschen Behörden aus Sicherheitsgründen keine Bewilligung erhalten hat, nach Russland transferiert

würde. Zweieinhalb Millionen RussInnen haben in einer Unterschriftensmmlung gegen den Atommüllexport protestiert.

## Bei Atomunfall bezahlt der Bund

Der Bundesrat hat die Summe für die private Haftpflichtversicherung von Atomanlagen auf den 1. Januar 2001 von 700 Millionen auf 1 Milliarde Franken erhöht. Nach dem kernenergie-Haftpflichtgesetz haftet der Inhaber einer Atomanlage unbeschränkt. Die obligatorische Haftpflichtversicherung deckt Nuklearschaden bis zum Betrag von 1 Milliarde Franken. Davon werden 700 Millionen Franken vom Schweizer Pool für die Versicherung von Nuklearrisiken gedeckt. Der Bund sichert die Differenz von 300 Millionen sowie die ausserordentlichen Risiken, welche von privaten Versicherern ausgeschlossen werden dürfen, bis zu 1 Milliarde Franken. Dabei handelt es sich um Schäden durch ausserordentliche Naturvorgänge und kriegerische Ereignisse, sowie um Ansprüche aus Spätfolgen. Der Nuklearversicherungspool hat den Behörden im Laufe des letzten Jahrtes mitgeteilt, dass er in der Lage ist, ab 1. Januar 2001 eine Haftpflichtsumme von 1 Milliarde Franken pro Atomaniage zu versichern. Der Bundesrat hat daher mit einer Änderung der Kernenergie-

Haftpflichtverordnung diese Summe als neuen Betrag für die private Haftpflichtversicherung festgelegt. Für die ausserordentlichen Risiken will der Bund weiterhin als Versicherer auftreten.

### OSART überprüft Mühleberg

Fachleute der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) haben während rund drei Wochen, vom 6.-23.November 2000, das

### NACHRICHTEN AUS DER ATOMZONE

Atomkraftwerk Mühleberg AKM auf den Standard der betrieblichen Sicherheit überprüft. Dies im Rahmen des weltweit durchgeführten Operational Safety Review Team-Programms (OSART). Der Schlussbericht sollte Ende 2001 vorliegen. Zu den 'Herausforderungen', denen sich Mühleberg in Zukunft stellen muss, zählt das Osart-Team unter Anderem den Umgang mit dem altersbedingten Personalwechsel, der ansteht. Dabei sei sicherzustellen, dass die Erfahrung und das Know-how der heutigen Belegschaft den Nachfolgern in zweckmässiger Weise weitergegeben werden.

Neuer MOX-Skandal?

1999 gab es einen weltweiten Skandal wegen gefälschten Papieren für den Abfall aus der Brennstofffabrik der BNFL in Grossbritannien. Die ersten Fälschungen wurden bei einer Ladung von MOX-Brennstäben (das sind Brennstäbe, welche einen Anteil an Plutonium enthalten) für das AKW Tokahama 4 in Japan bekannt. Die Japaner schickten die Ladung wieder zurück.

Die iapanische Atompolitik schwört auf das MOX-Programm. Bis im Jahr 2010 sollen etwa 18 Reaktoren mit den entsprechenden Brennelementen beschickt sein. Seit fünf Jahren sollte dieses Programm schon in Angriff genommen worden sein. Doch immer wieder hat es Verzögerungen gegeben, so dass bis heute noch keine MOX-Brennstäbe in einem japanischem AKW geladen werden konnten.

Seit den Fälschungen der BNFL ist der Widerstand in Japan noch grösser geworden. Ein Bündnis von BürgerInnen und Umweltorganisationen wie Citizens Nuclear Information Centre (CNIC) und Greenpeace streben ein gerichtliches Verbot der Verwendung von MOX-Brennstäben an.

Dieses Vorgehen vor dem Gericht hat die letzte Ladung der Brennstab-Fabrik Belgonucléaire (BN) in Belgien betroffen. Dabei ist herausgekommen, dass auch hier getrickst worden ist. Professor H. Kovama fand heraus, dass Fehler in 4 Brennstäben von 14 für das AKW Fukushima I-3 und in 4 Brennstäben von 18 für das AKW Kashiwazaki-Kariwa 3 vorhanden waren. Die japanische BürgerInnen-Bewe-gung fordert nun alle Daten von BN und ein Bezirk strengt eine Volksabstimmung für das Verbot von MOX-Elementen in einem der betroffenen AKW an.

Plutonium-Unfall in La Hague

Am 5. Januar 2001 führte ein Fehler eines Manipulators dazu, dass drei Container voll Plutoniumoxid im selben Verarbeitungsraum waren. Die Richtlinien. welche für die Verhinderung von Kritikalitätsunfällen geschrieben worden sind, spezifizieren, dass nur ein solcher Container im Raum vorhanden sein darf. Ein Spezialist analysierte die Situation und gelangte zum Resultat, dass die kritische Masse für eine Kettenreaktion noch nicht erreicht war. Die zwei überzähligen Container mussten aber sorgflältig entfernt werden.

Urangeschosse

Durch Zufall entdeckte der Berliner Medizinprofessor Siegwart-Horst Günther auf einer Dienstreise im Irak die tödliche Wirkung von Geschossen mit abgereichertem Uran. Der 75-jährige Professor kämpft seit bald zehn Jahren gegen die Verwendung der Waffe mit dem niedlichen 'Silver Spitznamen bullet' (Silberkugel). Es geht um ein radio- und chemotoxisches Projektil aus abgereichertem Uran (DU, Depleted Uranium 283). Dieses wurde im Golfkrieg, im Bosnienkrieg und im Kosovokrieg tonnenweise verschossen. Tod und schwerste gesundheitliche Folgen treffen nicht allein das feindliche Militär, sondern auch die eigenen Soldaten, die MitarbeiterInnen der Hilfsorganisationen u.a.m. Besonders leidet aber die Zivilbevölkerung, die in diesen Landesteilen wohnt, die für alle Zeiten verseucht sind: Die Halbwertszeit des verwendeten abgereicherten Urans beträgt 4,5 Milliarden Jahre.

Mit seinem Engagement hat sich der Professor viele Feinde gemacht, vorab in der NATO. Geht es doch unter anderem auch um das sogenannte 'Golfkriegsveteranensyndrom' und betroffene Soldaten, die für ihre zerstörte Gesundheit entschädigt werden wollen. Nach drei Mordanschägen erhielt Günther jetzt vor kurzem von Boutros-Ghali einen Preis der "International Association of Educators for World Peace".

In Europa wird derweil medienstark Entwarnung propagiert entgegen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse.

AKW auf hoher See geplant

Der russische Atomminister Jewgeni Admow bedauerte, dass kurz vor Weihnachten der ukrainische Präsident Leonid Kutschma den Unglücksreaktor in Tschernobyl abgeschaltet hat. Weitere elf entsprechende Reaktoren sind in Russland noch in Betrieb und werden von ihm als sicher gemäss weltweiten Standards angesehen. Einen weiteren Unfall wie in Tschernobyl erachtet er als ebenso unwahrscheinlich, wie die Wiederholung des Meteoriteneinschlags von 1908 in Sibirien. In den nächsten dreissig Jahren will Russland den Anteil des Atomstroms verdreifachen. Zu diesem Zweck sollen schwimmende sogar Atomkraftwerke im Eismeer geplant sein.

\*\*\*\*\*\*\*\*\*

wer zuviel weiss, lebt gefährlich. Wer zuwenig weiss, auch. Empfohlene Lektüre:

'Fragen an die Atomaufsicht: Wie gefährlich müssen AKW sein, damit sie endlich stillgelegt werden?' Technische Regeln verletzt, Nachrüstungen ungenügend, Ueberwachung nachlässig. Amüs-Streitschrift, Juni 2000, Fr. 15.- inkl. Porto

'Die Wiederaufbereitung von abgebrannten Brennelementen aus schweizerischen Atomkraftwerken' - Analyse der Konsequenzen für Umwelt und Energiepolitik. Studie im Auftrag der Anti-Atom-Koalition CAN, 1997. 94 S., bei AMüs à Fr. 25.- inkl. Porto

**'Strahlende Schweiz'** von Susan Boos. Handbuch zur Atomwirtschaft.

WoZ/Rotpunktverlag 1999, bei AMüs à Fr. 34.- inkl. Porto

'Der Petkau-Effekt' von Ralph Graeub. Von den katastrophalen Folgen niedriger Radioaktivität. Zytglogge-Verlag 1990. Bei AMüs à Fr. 20.- inkl. Porto

Bitte um Vorauszahlung mit entsprechendem Vermerk.

Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit' von Meinhard Creydt. Gestaltungspessismismus und Utopismus im gesellschaftstheoretischen Denken. Campus-Verlag F. 2000, 423 S., im Buchhandel Fr. 82.-; ausleihbar in der Bibliothek Erziehungswissenschaften, 3012 Bern



Just fusioniert

## "Der Faschismus ist tot" - der antfaschistische Widerstand tut Not!

Ein halbes Jahrhundert nach der Besiegung des faschistischen Dritten Reiches stehen wir wieder am Anfang eines grossen Kampfes. Als das Nazi-Regime erledigt und die "Entnazifizierung" vorangetrieben wurde, sprach man hoffnungsvoll vom Ende des Faschismus und von einer Welt der Menschenrechte. Hoffnungen trügen. Wenige Menschen scheinen zu bemerken, dass unter der Oberfläche der Rechtstaatlichkeit der Faschismus Wurzeln geschlagen hat - in den ehemaligen Achsenmächten genauso wie in den alliierten Ländern oder sonstwo in der kapitalistisch orientierten Welt. Der Faschismus von heute ist viel subtiler: geheim und unfassbar, vorangetrieben von demokratisch gewählten Leuten, geführt von geachteten Persönlichkeiten, verteidigt von den grossen Medien. Wir leben in einer höchst gleichgeschalteten Ordnung. (Sogar wenn eine Tageszeitung ausnahmsweise einen Skandal der Regierung aufdeckt, bringt dies wenig Veränderung. Wir entschuldigen den Skandal erstens mit dem journalistischen Bedürfnis nach Auflagensteigerung, zweitens mit der Menschlichkeit der Schuldigen ("Politiker sind auch nur Menschen"), drittens mit der Fehlerbehebung ("entscheidende Schritte zur Besserung werden eingeleitet...") und viertens mit der Akzeptanz eines Sündenbockes (ein Kopf rollt, sieben andere lachen sich ins Fäustchen). Die Medien profitieren vom Skandal, verbreiten dann die offizielle Version der Regierung und korrigieren hinterher die zuvor verbreitete Skandalstimmung. Wie anders ist es z.B. möglich, dass zehn Jahre nach der fürchtedichen Fichenaffäre die SOS-Initiative dermassen klar vom Volk verworfen wurde, genau in einer Zeit, als die "Schnüfflerischen" Möglichkeiten der Polizei mittels "Zwangsmassnahmen" und "Sonderregelungen" gerade im Gesetz verankert worden sind?

ist heute offensichtlich, dass Staat (=Mehrheit der etablierten Politik), Wirtschaft (durch Wissenschaft und Technik) und Medien ein Dreiergespann von unübertroffener Macht bilden. Sogenannte Spitzenpolitiker bilden mit Wirtschaftskapitänen und abhängigen Massenmedien eine Führungselite, die das ganze Volk lenkt und bestimmt. Ebenfalls offensichtlich ist, dass es dieser selbsternannten Elite gelingt, genügend "panem et circenses" anzubieten, um das Volk bei Laune zu halten. Bestand das "Brot" bei den alten Römern noch aus ausschweifenden Fressorgien und die "Spiele" aus blutigen Gladiatorenkämpfen, so füttert man uns heute mit High-tech-Spielereien (Handy, Computer), der dauemden massenhaften Versorgung mit allen Lebensmitteln, dem unglaublichen Output der Unterhaltungsindustrie, dem sagenhaften Angebot der Freizeit- und Tourismusbranche und einem ungesunden Mass an Versprechungen (langes Leben dank Spitzenmedizin, Sicherheit durch

Versicherung, etc.) Aus der "Unterhaltung" wird schnell ein "Untenhalten".....

## Führungselite WEF

Das Zweck der Vernetzung World Economic Forum (WEF) wurde eben zum Führungspersönlichkeiten ins Leben gerufen. Das WEF will laut eigener Aussage eine Plattform sein, auf der sich die Elite der Wirtschaft, der Politik und der Zivilgesellschaft trifft, um über die Probleme und die Herausforderungen der Welt zu beraten und Lösungen zu initiieren. Es ist also die Ansicht der Gründer, Organisatoren und TeilnehmerInnen des WEF, dass die Schicht der Reichen und Mächtigen über die Geschicke der Welt entscheiden sollen. Sie vertreten damit ein Führerprinzip, das jedem demokratischen Grundsatz spottet. Da sich das WEF mit einer massiven Repressionsmaschinerie schützen lässt, seine Interessen skrupellos durchsetzt und auch die Massenmedien beherrscht, ist es angebracht, von einem faschistischen System zu sprechen. Dazu gehört natürlich auch, dass alle KritikerInnen und GegnerInnen des WEF systematisch und öffentlich als UnruhestifterInnen und Randalierer dargestellt werden. Ein Beispiel:

### **Faschismus**

Der Zug fährt ein. Die aussteigenden Menschen werden von bewaffneten Männem empfangen und vom Perron weg auf den rundum eingezäunten Bahnhofsplatz geführt. Einer der Männer beginnt die Menschengruppe zu teilen: die Alten und Schwachen, Frauen und Kinder auf der einen, Jugendliche und Kräftige auf der anderen Seite, getrennt voneinander durch Abschrankungen und durch eine Reihe von Bewaffneten. Die Alten, Frauen und Kinder werden durch eine Abschrankung geführt und

verschwinden in bereitstehenden Transportfahrzeugen. Die Jungen und Kräftigen werden von den Bewaffneten in einen Zug zurückgetrieben und in diesen eingeschlossen. Sie erwarten noch die nächste Gruppe Abzutransportierender und als der Zug voll ist, fährt er langsam an, auf beiden Seiten eskortiert von Bewaffneten, die darauf achten, dass niemand aus den Fenstem springt. Der Zug gewinnt an Fahrt, die Bewaffneten bleiben zurück. Dafür schwebt ein Helikopter der Armee rund fünfzig Meter über dem Zug und folgt ihm während der einstündigen Fahrt, die nicht unterbrochen wird. Beim Ankunftsbahnhof müssen die Jugendlichen stundenlang auf den Perrons warten, denn das ganze Bahnhofsareal ist hermetisch abgeriegelt. Ein drei Meter breiter Gürtel aus Absperrungsgittern umgibt das gesamte Gelände, eilig schliessen Bewaffnete nach Einfahrt des Zuges die Geleise mit Stacheldraht. Der Bahnhof ist in ein provisorisches Lager umgewandelt worden. Rund um die Absperrungen stehen maskierte "Sicherheitskräfte", bewaffnet mit Gewehren, Gaspetarden und Schutzschilden. Etwas hinter den Linien stehen Wasserwerfer und Schützenpanzer bereit. Dauernd kreisen mehrere Armeehubschrauber über der Stadt. Gespräche mit den "Sicherheitskräften" sind unmöglich, da jeder der Bewaffneten beteuert, nur seinen Befehl auszuführen. Jeder Ausbruchsversuch wird mit Tränengaseinsatz beantwortet.

Sie erinnern sich an diese Geschichte? Ja, richtig: Landquart, CH, am Samstag, dem 27. Januar 2001. Was sich anhört wie ein Abtransport ins Konzentrationslager des Nazi-Regime vor einem halben Jahrhundert, geschah vor ein paar Tagen in unserem Land. Wer in diesen Tagen nach Davos reisen wollte, um an der (unbewilligten) Demonstration gegen das World Economic Forum teilzunehmen oder einen Anlass des (legalen und öffentlichen) Forums "Public Eye on Davos" zu besuchen, bekam massive Verletzungen seiner Bewegungsfreiheit zu spüren. Mensch wurde – trotz bekundeter Gewaltfreiheit – angehalten, verunglimpft bis beleidigt, zwangstransportiert und festgesetzt. Grund war diesmal nicht Religion oder Staatszugehörigkeit, sondern Alter und Statur (und die daraus vermutete politische Gesinnung!). Von den Bundesräten Deiss, Couchepin, Villiger und Leuenberger wurde diese Polizeiaktion als "angemessen und solide" gelobt – was nicht verwunderlich ist, da diese Herren erklärtermassen viel vom WEF halten und sich in dieser elitären Gesellschaft sichtlich wohlfühlen.

WEF als führende Elite ⇒Führerprinzip ⇒ skrupellose Durchsetzung der Interessen ⇒ Unterdrückung der Massen ⇒ Staatsterror, Verletzung der Menschenrechte im Namen des Rechtsstaates ⇒ neuer Faschismus!

## Die Anonymität des neuen Faschismus

Im Gegensatz zu früheren faschistischen Variationen, die alle eine deutliche Führerfigur aufwiesen (ob Nero, Papst Innozenz oder Hitler), versteckt sich die neue Elite im "Schutz der Herde". Jeder elitär denkende und handelnde Wirtschaftsführer ist nur ein kleiner Teil der neuen, weltumspannenden faschistischen Tendenz. Zudem schaffen die Wirtschaftsexponenten laufend neue Sachzwänge, die als natürliche Entwicklung dargestellt werden (z.B. Strommarktliberalisierung). Es ist schwierig, bei dermassen "evolutionär" getarnten Entwicklungen die Verantwortlichen im Hintergrund zu erkennen. Für die KritikerInnen ist es deshalb schwer, gezielte und effiziente Aktionen zu entwickeln. Der neue Faschismus bleibt ungreifbar.

## Globalisierung als Symptom des neuen Faschismus?

Wenn heute von Globalisierung gesprochen wird, ist damit das internationale Agieren von Grosskonzernen gemeint. Die Grosskonzerne versuchen, ihren Einfluss über Landesgrenzen hinweg auszubauen und ihren Gewinn dank Standortvorteilen anderer Länder zu vermehren. Weiter wird versucht (unter dem Stichwort "Neoliberalismus") zwischenstaatliche Regelungen zur Handelskontrolle auszuhebeln und die freie Marktwirtschaft weiter zu entfesseln. Diese Tendenzen werden von Konzernchefs und Grossaktionären vorangetrieben – jenen Kreisen, die sich als Elite verstehen und zum Beispiel im WEF als globale Führungsschicht konstituieren. Die Globalisierung ist die Strategie der Elite. Diese wirtschaftlichen Veränderungen werden skrupellos durchgesetzt und bedeuten für Hunderttausende Menschen weltweit Einschränkung und Abhängigkeit (Beispiel Gentech: Im Norden: welche Nahrungsmittel enthalten kein Gen-Soja? Im Süden: Grosskonzerne besitzen das Saatgutmonopol) Die Globalisierung hat massive Auswirkungen auf alle. Die Globalisierung wird von











vielen Ministern und RegierungsvertreterInnen portiert und erhält somit offizielle Legitimation. Gegen sogenannte GlobalisierungsgegnerInnen darf mit staatlicher Repression vorgegangen werden (Stichwort Davos). So gesehen ist die Globalisierung an sich ein faschistischer Akt, Ausdruck eines neuen, weltumspannenden Faschismus.

## Die andere Globalisierung

Wer gegen die wirtschaftliche Globalisierung ist, befürwortet vielleicht eine andere Art der Globalisierung: Die "Bewusstseins-Globalisierung". Gemeint ist damit der Blick über den eigenen Gartenzaun hinaus, das Interesse an mit anderen Völkern. Die Beendigung des und die Solidarität internationalen Wettkampfes (Stichwort Wettbewerbsfähigkeit zugunsten internationaler Solidarität. Das elitäre WEF - dem Recht des Stärkeren huldigend - veröffentlicht jedes Jahr einen vergleichenden Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit aller Länder. In der heutigen Situation wäre es aber angebracht, zu erkennen, dass alle Menschen auf dem gleichen Planeten durchs All rauschen und dass die Zeit des Einander-Ausspielens vorbei ist. Nicht die Grosskonzerne müssen zusammenwachsen, sondern die Menschen. Das Zusammenwachsen der Völker ist ein solidarischer Akt, das Zusammenwachsen der wirtschaftlichen Macht ein faschistischer. Ein dermassen "globalisiertes Bewusstsein" würde beispielsweise verhindem, dass die Schweizer Bevölkerung mit ihrem Atommüll gedankenlos die EinwohnerInnen von Sellafield und Umgebung vergiftet. Die Globalisierung der Wirtschaft ist fortgeschritten, diejenige des Bewusstseins steht noch ganz am Anfang.

## Die Rolle von Wissenschaft und Technik im neuen Faschismus

Schon der steinzeitliche Faustkeil muss als (wenn auch primitives) Werkzeug und somit als technisches Gerät bezeichnet werden. Die Technik ist also nicht eine moderne Erscheinung, sondern begleitet den Menschen seit Jahrtausenden. Jedes technische Gerät - vom Faustkeil bis zum Satelliten - ist prinzipiell ein Werkzeug, ein Mittel zum Zweck. Je nach Zweck ist die Technik als faschistisch zu werten. Umgekehrt kann man sagen, dass Faschismus ohne umfangreiche technische Hilfsmittel nicht möglich ist. Jede Variation eines faschistischen Systems braucht mindestens starke und mobile Kontrollorgane und funktionierende Nachrichtensysteme, beides wird mit technischen Mitteln realisiert.

Seitdem der Mensch versucht, die Welt mit der Vernunft zu verstehen, bilden Wissenschaft und Technik ein unzertrennliches Paar. Ohne technische Hilfsmittel sind wissenschaftliche Erkenntnisse nicht möglich, die neuen Erkenntnisse führen zur Verbesserung der Hilfsmittel, was wiederum zum wissenschaftlichen Fortschritt beiträgt. Technik und Wissenschaft haben eine starke Wechselwirkung. Diese Wechselwirkung potenziert die Entwicklung und erklärt den rasanten Fortschritt in Technik und Wissenschaft, welchen wir mit zum Teil besorgten Gesichtern verfolgen. Potenziert wurde durch den raschen Fortschritt auch die Macht, die in Wissen und Werkzeug vorhanden ist. Die Steinaxt in der Hand des Steinzeitmenschen konnte gewiss tödlich sein - aber im Vergleich mit der heute vorhandenen Macht erscheint sie harmlos: Mit High-Tech-Werkzeugen und Know-How ist es heute möglich, Neutronenbomben zu bauen oder ganze Menschengruppen genetisch zu kontrollieren.

Selbstverständlich bedienen sich die elitären Kreise der neuen technischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten. Das WEF beispielsweise unterhält eine Art "Privat-internet", an das nur Mitglieder des WEF angeschlossen sind. Darüber werden ohne Einsicht der Öffentlichkeit Geschäfte abgewickelt und Entscheide gefällt. Umgekehrt nimmt das WEF Einfluss auf die Wissenschaft, in dem einzelne

Disz idmen massiv gesponsert werden. Der Faschismus greift also in Technik und Wissenschaft ein und formt sie nach seinem Bedarf.

Selb iverständlich versuchen die Profiteure des neuen Faschismus auch, die Werkzeuge und Mittel ihrer Macht zu halten. Dass es Umweltschutzmassnahmen dermassen schwer haben, liegt nur bedingt an der Bequemischkeit der breiten Masse, sondern vor allem am massiven Widerstand der Profiteure. Es sind nicht die einzelnen Privatpersonen, die ohne Atomkraftwerk nicht leben könnten, es sind Grosskonzeme und Wirtschaftsführer, die von der Macht und dem Profit von Atomkraft und Plutonium leben.

Wie schon beschrieben kommt die neue Elite aus Wirtschaftskreisen. Die heutige Wirtschaft lebt von der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Arbeitskräfte. Ein kleiner Teil der Menschen zieht Profit aus der Umweltzerstörung und den sozialen Missständen. Ohne Atomkraftwerke, Autos, Computer und Mobiltelefone wäre die heutige Wirtschaft nicht lebensfähig, die kleine Gruppe der Profiteure verteidigt diese also, als ob es um's Überteben gehe (um was es bei ihnen ja tatsächlich geht!). Im Einfluss der Faschisten hat Wissenschaft und Technik die Neutralität verloren und muss deshalb von allen Antifaschisten überwacht und kritisiert werden.

## Der implizite Faschismus der rationalisierten Technik

"Ich sehe die Mechanisierung der Welt für mich als eine Erscheinungsform des Faschismus, als eine Weiterentwicklung des Faschismus."

Heinrich Böll

Zweck der Technik ist es, ein bestimmtes Ziel zu erreichen. In den letzten Jahrhunderten wurden vor allem Techniken entwickelt, die dem Menschen zu einem "Noch-mehr", "Noch-schneller" und einem "Noch-besser" verhelfen sollten. Die ganze Automation, Mechanisierung und Rationalisierung der industriellen Revolution dient dem "Noch-mehr". Dieser Drang zu noch mehr Gewinn hat Massenarbeitslosigkeit verursacht, Hungerkatastrophen und Kriege ausgelöst und drängt Mensch und Natur immer mehr in das Schema einer funktionierenden Maschine. Die damit einhergehende Umweltverschmutzung gefährdet mittlerweile die Existenz aller

Peter Fahr schreibt in "Ego und Gomorrha" (Nemesis Verlag, 1993): "Ist Umweltzerstörung faschistisch? Faschismus hat - nicht nur moralisch gesehen - mit Unmenschlichkeit zu tun, mit Gewalt gegen einzelne und Gruppen, mit Verdrängung ethischer Werte, mit Machtkonzentration und Machtmissbrauch. Für die Faschisten heiligt der Zweck die Mittel. Der Zweck: Der eigene Vorteil, die Bereicherung. Das Mittel: Man preist die Idee und opfert den Menschen. Die neuen Faschisten tun dasselbe, wenn auch indirekt: Sie preisen den Konsum und opfern die Natur, unsere Lebensgrundlage. Ihre Endlösung ist die weltweite Umweltzerstörung, und die ist schon eingeleitet."

Die Rationalisierung bringt einigen Profit, allen aber Risiken und Nachteile. Sie wird skrupellos durchgesetzt und wer sich weigert, daran teilzunehmen, verliert seine Lebensgrundlage. Die Rationalisierung ist prinzipiell eine faschistoide Tendenz. Die Möglichkeit zur faschistischen Anwendung liegt implizit in der rationalisierten Technik. Jede technische Entwicklung muss deshalb auf ihren Ursprung und ihre Folgen geprüft werden. Das Auto trägt faschistoide Züge, weil es dem einzelnen Macht über andere gibt. Es gilt das Recht des Stärkeren/des Schnelleren. Ein Einzelner profitiert, alle Anderen müssen die Nachteile und Gefahren mittragen. Auch ein Atomkraftwerk kann als faschistisch bezeichnet werden: Die Betreiberfirma profitiert, das Risiko trägt die Allgemeinheit. Nur eine "Elite" (Aktionäre) kann über die Maschinerie verfügen und schützt diese mit massiver Repression (Stacheldraht, Kameras und bewaffneten Patrouillen). Wer dagegen vorgeht, wird als Staatsfeind denunziert und verfolgt (Stichwort "Atomstaat").

## Anti-AKW-Politik als Symptombekämpfung

Wer das Atomkraftwerk kritisiert und daneben die wirtschaftliche Elite gewähren lässt, betreibt Symptombekämpfung. Das Atomkraftwerk ist Ausdruck einer faschistischen Haltung einer Elite gegenüber der Bevölkerung und der Natur. Wenn das Werk stillgelegt wird, findet diese Haltung einen neuen Ausdruck. Selbstverständlich ist es trotzdem wichtig, das AKW stillzulegen - idealerweise wird dabei auch gleich die selbsternannte Elite entlarvt und gestürzt. Es bleibt viel zu tun: erstens muss (wie dieser Artikel ansatzweise versucht) das Elitedenken der Wirtschaftsführer (z.B. WEF) als faschistisch entlarvt werden. Zweitens muss die Bevölkerung mobilisiert bzw. aus der "Brot und Spiele"-Lethargie gerissen werden, und drittens muss jeder Mensch lernen, Selbstverantwortung zu tragen und Führerfiguren zu durchschauen. Mit diesen Schritten kann die Umweltzerstörung vielleicht aufgehalten werden. Es wäre eine Umweltpolitik, die an die Wurzeln des Übels greift.

Dieser Text hat im AMüs kontroverse Diskussionen ausgelöst, besonders auch auf dem Gebiet der Technik. Wir sind uns bewusst, dass mit dem Begriff "Faschismus" auch inflationär umgegangen werden kann - was niemand von uns möchte. Vielleicht hat jemand von unseren LeserInnen Lust, darauf einzugehen, uns zu schreiben oder mit uns zu diskutieren.